

„Pulverfabrik Großenhain“ 1

Scans von Artikel aus der Sächsischen Zeitung Ausgabe Lokales Meißen Riesa Großenhain im Zeitraum 21. 06.23 bis 07.07.23

21. 6.23

13

SÄCHSISCHE ZEITUNG

Linken-Petition gegen Pulverfabrik in Großenhain

Am Dienstag präsentierte sich die Partei auf dem Hauptmarkt. Die Genossen vor Ort bekamen dabei prominente Unterstützung aus Dresden – und viele Unterschriften.

VON CATHARINA KARLSHAUS

Zu Fuß, am Rollator, mit dem Auto, Bus oder Fahrrad, im Rollstuhl und sogar an Gehhilfen: Menschen aus allen Ortsteilen von Großenhain, aber auch aus umliegenden Gemeinden, fanden sich am Dienstagvormittag in der Innenstadt ein. Ihr Ziel, der seit um neun dicht umlagerte Info-Stand der Partei Die Linke Großenhain/Nünchritz. Im Beisein von Rico Gebhardt, Fraktionschef der Linken im Sächsischen Landtag, und der Landtagsabgeordneten Anna Gorskih sammelten die Genossen Unterschriften gegen eine mögliche Pulverfabrik auf dem Großenhainer Flugplatz.

Ob die Bundesregierung darüber überhaupt mit dem Rüstungsunternehmen Rheinmetall verhandelt oder der Freistaat in etwaige Gespräche eingebunden ist, bleibt dabei seit Ende März völlig offen. Ganz im Gegensatz zum benachbarten Bundesland, dessen Ministerpräsident Dietmar Woidke am Montag bestätigte, dass Brandenburg sich eine Ansiedlung von Rheinmetall wünsche. „Ich wäre ein schlechter Ministerpräsident, wenn ich das nicht versuchen würde“, sagte Woidke.

Vorgehen ist unakzeptabel

Auch wenn dieses Bekenntnis wohl nicht die Intention von Rico Gebhardt treffen wird. Er verstehe nach eigenem Bekunden nicht, weshalb die sächsische Staatsregierung ein „riesengroßes Geheimnis“ um eine eventuelle Ansiedlung mache und nicht von Anfang an transparent agiere. „Für mich ist dieses Vorgehen völlig unakzeptabel! Gerade in so einer wichtigen Frage, welche doch die Bevölkerung hier vor Ort in Großenhain betrifft, ist es unserer Partei wichtig, endlich eine Öffentlichkeit herzustellen“, kritisiert Rico Gebhardt.

Schon mehrfach kommuniziertes Unverständnis, mit dem der Politiker in Großenhain regelrecht offene Türen einrennt – und die erschienenen Leute zum Stift greifen lässt. „Wir sind extra gekommen, um die Möglichkeit zu nutzen, unseren Protest auszudrücken“, sagt ein Ehepaar aus Bauda. Bereits zu DDR-Zeiten habe man miterlebt, was es bedeutet, wenn sich eine Stadt militärischen Zwecken unterordnen müsse. Noch einmal möchte man das in Großenhain – der am 21. Februar 1914 eröffnete Flugplatz war bis 1993 von den sowjetischen Streitkräften unter anderem als Sonderwaffenlager für Kernwaffen genutzt worden – nicht erleben. Eine Auffassung, die auch Elisabeth Enger teilt. Seit 50 Jahren wohne die gebürtige Brandenburgerin nun schon in der Röderstadt. Den friedlichen Charakter solle diese behalten und der Flugplatz nicht zum Zwecke der Aufrüstung genutzt werden.

Es sind erst anderthalb Stunden vergangen, als bereits mehrere Seiten mit Namen zugunsten der Einreichung einer Petition im Landtag gefüllt sind. Sympathisanten für das Anliegen der Partei aus Großenhain, Priestewitz, Ebersbach, Thiendorf, Elsterwerda oder Dresden haben sich verewigt. Auch Großenhains Stadtbaudirektor Tilo Hönicke habe unterschrieben, freuen sich die Linken. Und hoffen auf ein noch breiteres Votum. „Gegen die Ansiedlung eines Rüstungsbetriebes in unserer Heimatstadt, das sind wir ihr und uns schuldig“, betont Stadträtin Kerstin Lauterbach.

4.7.23

Aus gesundheitspolitischen Gründen war die Partei längere Zeit ohne Domizil. Jetzt ist sie wieder da - und will vor allem zwei Themen beackern.

VON THOMAS RIEMER

Die Partei Die Linke hat in der Röderstadt zumindest eine logistische „Durststrecke“ beendet. Am Montag eröffnete der Ortsvorstand Großenhain/Nünchritz ein neues Büro. Die offizielle Anschrift ist zwar die Naundorfer Straße 11 a, doch der Eingang in das - bezeichnenderweise - rote Gebäude ist vom Topfmarkt aus und dadurch nicht ganz einfach zu finden.

„Wir sind froh über das neue Domizil“, so Stadträtin Kerstin Lauterbach bei der Begrüßung in den „heiligen Hallen der Linken“. Denn in den letzten Monaten sei es ein schwieriges Arbeiten gewesen. Zweimal räumte die Partei ihre Büros in der Katharinengasse. Zuerst, weil ein neuer Au-

(a)

tags von 15 bis 16 Uhr wird das Büro ebenfalls besetzt sein. Finanziert wird es übrigens aus Mitteln des Kreis- und Landesvorstandes der Partei.

(c) Kerstin Lauterbach sieht für die nächste Zeit vor allem zwei Themen, mit denen sich Die Linke befassen muss. Da wäre zunächst die allerorten geführte Debatte, um die ins Gespräch gebrachte mögliche Ansiedlung einer Pulverfabrik auf dem früheren Flugplatzgelände. Die Linke hat dazu ihre klare Ablehnung öffentlich gemacht, sammelt seit gut zwei Wochen Unterschriften für eine diesbezügliche Petition. Rund 200, so Kerstin Lauterbach, seien bereits zusammengekommen.

Ein weiteres Thema sieht die Stadträtin in der Debatte um die Großenhainer Garagen. Zwar gab es dort zuletzt ein Entgegenkommen an die Eigentümer der zu DDR-Zeiten gebauten Garagen. Doch viele Fragen, die erst einmal vertagt wurden, sind noch offen. Hier den Betroffenen sach- und fachkundige Unterstützung zu geben - auch das dürfte viele Gespräche im neuen Linken-Büro nach sich ziehen.

(b)

Die Linke mit neuem Büro

genarzt mehr Platz für die Behandlung seiner Patienten brauchte. Später, weil im gleichen Gebäude zwei Etagen höher ein neuer HNO-Arzt ebenfalls mehr Raum benötigte.

Kerstin Lauterbach machte klar, dass es selbstverständlich war, den Wünschen der jeweiligen Mediziner entgegenzukommen. Als langjährige Landtagsabgeordnete und gesundheitspolitische Sprecherin der Linken liege ihr die Versorgung der Bürger besonders am Herzen.

Ein neues Domizil zu finden, war indes nicht ganz leicht. Zumal das neue Büro nunmehr im ersten Obergeschoss liege und nur über eine Treppe zu erreichen ist. Doch mit der Vermieterin des Raumes, zu dem auch eine kleine Küche gehört, gebe es Gespräche, um auch im Erdgeschoss eine kleine Ecke für Gespräche einzurichten. Dies sei um so wichtiger, da der Ortsvorstand künftig wieder die Sozial- und Rentenberatung durchführen will. Angesichts von Bürgergeld und Renten-Neuerungen „wird der Bedarf dafür sicherlich da sein“, so Kerstin Lauterbach.



Freude über das neue Domizil der Linken in Großenhain: Maria Reinisch, Kerstin Lauterbach, Harald Kühne (v.l.) stehen im „roten Haus“ am Topfmarkt neben weiteren Parteimitgliedern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Foto: Kristin Richter

Noch ist nicht alles komplett eingerichtet. Ein Teil der Möbel war während der bürolosen Zeit und über den Winter in der Privatgarage der Stadträtin untergebracht. Auch einen Telefonanschluss gibt es bislang noch nicht. Doch das soll sich in naher Zukunft ändern. Denn: Mittwochs und frei-

tags soll der Kontakt zu Mitgliedern und Sympathisanten vorwiegend telefonisch und nach Absprache erfolgen.

Montags werden Harald Kühne und Kerstin Lauterbach von 15 bis 17 Uhr vor Ort zur Verfügung stehen, in den Vormittagsstunden des Dienstags sowie donner-

Rheinmetall baut Kampffeteile nicht in Sachsen

In Weeze nahe der niederländischen Grenze entstehen 400 Top-Jobs in der Flugzeugindustrie. Sachsen hingegen geht leer aus.

VON ULRICH WOLF

Düsseldorf/Berlin/Leipzig. Sachsen ist im Ringen um eine neue Fabrik des Rüstungsherstellers Rheinmetall leer ausgegangen. Der Leipziger CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Lehmann teilte am Dienstag mit, Sachsen sei „im Kampf um den prestigeträchtigen Bau von Flugzeugteilen für den Kampfflugzeug F-35 der fünften Generation“ gescheitert. Das Werk entstehe stattdessen in Weeze am Niederrhein.

Leider hätte Sachsen in der Gesamtbewertung nicht bestehen können, sagte Lehmann, der Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestags ist. Ausschlaggebend seien „die Bodenverhältnisse und die damit einhergehenden schnellen Baumöglichkeiten für die Fertigungslinie“ gewesen. Nun sollte die Landesregierung „die guten Gespräche mit Rheinmetall“ fortführen, damit in Sachsen zumindest das Pulverwerk realisiert werde.

Rheinmetall will auch eine neue Munitionsfabrik bauen. Auch dafür ist Sachsen im Gespräch, insbesondere am ehemaligen Flughafen Großenhain. Dort aber trommelt insbesondere die AfD gegen das Projekt. In Frankfurt (Oder), einem Standortkonkurrent von Großenhain, wirbt die AfD hingegen für die Fabrik. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat sich für einen Bürgerentscheid über das Vorhaben ausgesprochen – und damit seinen Koalitionspartner SPD verärgert.

Der Spatenstich für die neue Flugzeugteilefabrik ist laut Rheinmetall für August geplant, der Produktionsstart 2025. Die Bundeswehr soll das neue Modell ab 2026 fliegen. In dem neuen Werk sollen 400 Beschäftigte F-35-A-Rumpfmittelteile produzieren. Das Flugzeug selbst ist ein Bestseller des US-Rüstungskonzerns Lockheed Martin. In Weeze existiert bereits ein ehemaliger Militärflughafen, den vor allem der Billigflieger Ryanair seit Jahren nutzt.

Gesprächsrunde zur Großenhainer Pulverfabrik

Nachdem seit Monaten über die mögliche Ansiedlung auf dem Industriegebiet Flugplatz spekuliert wird, soll nun ein Experte zu Wort kommen.

VON CATHARINA KARLSHAUS

Auf verschiedenen Fernsehkanälen war er bereits nie um Worte verlegen. CDU-Landtagsabgeordneter Sebastian Fischer positionierte sich zum vermeintlichen Bau einer Pulverfabrik in Großenhain eindeutig. Sie sei notwendig, um die Ausrüstung der deutschen Bundeswehr zu verbessern. „Ich kann allerdings verstehen, dass die Menschen in der Region angesichts der Pläne des Rüstungsunternehmens beunruhigt sind. Deshalb ist es wichtig, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und mit Vorurteilen, die diverse politische Gruppen schüren, aufzuräumen“, erklärt Sebastian Fischer im Gespräch mit Saechsische.de.

Am Montag, den 10. Juli lade der Landtagsabgeordnete deshalb ab 18 Uhr zum Gespräch über das Projekt ein. Zu Gast werde der Leipziger Landtagsabgeordnete Ronald Pohle sein. Der CDU-Politiker ist nach eigenem Bekunden spezialisiert auf Wirtschaftsangelegenheiten, war seit 2010 Mitglied der Enquete-Kommission „Strategien für eine zukunftsorientierte Technologie- und Innovationspolitik im Freistaat Sachsen“ und ist Beauftragter für die Bundeswehr der CDU-Landtagsfraktion. „Herzlich willkommen sind alle Großenhainer und Gäste der Stadt, welche an einer wirklich sachlich geführten Diskussion interessiert sind!“

■ Die Gesprächsrunde findet am 10. Juli ab 18 Uhr in der Großenhainer CDU-Geschäftsstelle, Salzgasse 2 statt. Anmeldung unter sebastian.fischer@slt.sachsen.de.



Blick auf den ehemalige Militärflugplatz auf dem sich Rheinmetall ansiedeln möchte.

Foto: Kristin Richter

Toni wurde abgesetzt!

Pulverfabrik: „Freistaat ist keine Entscheidung bekannt“

Der Ansiedlungsbeauftragte des Freistaats Dirk Diedrichs war am Mittwochabend im Großenhainer Stadtrat.

Die letzte Sitzung vor der Sommerpause endete mit jenem Thema, was Großenhains Stadträte bereits seit Monaten beschäftigt. In einer vertraulichen Sitzung bekamen die Bürgervertreter die Möglichkeit, mit Sachsens Ansiedlungsbeauftragten Dirk Diedrichs über einen möglichen Bau des Rüstungsunternehmens Rheinmetall auf dem Industriegebiet Nord zu sprechen. Sächsische.de traf den Fachmann in Sachen Flächenentwicklung vor der Beratung.

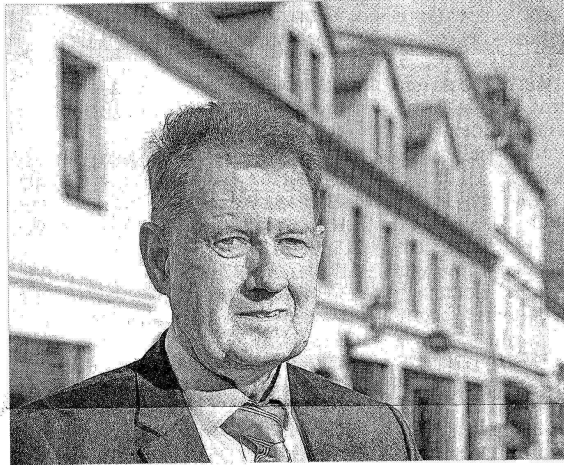
Herr Diedrichs, seit Monaten wird deutschlandweit über die Ansiedlung von Rheinmetall im sächsischen Großenhain spekuliert. Wie ist der aktuelle Stand der Dinge tatsächlich?

Seit unserem letzten Gespräch Anfang Mai hat sich der Stand tatsächlich nicht geändert. Dem Freistaat ist keine Entscheidung über die Ansiedlung einer Pulverfabrik in Sachsen und damit auf dem ehemaligen Flugplatz Großenhain bekannt. Auch wenn medial die Angelegenheit zuweilen anders betrachtet wird, gibt es rein faktisch und von der Sachlage her, keinen neueren Stand. Und wir werden uns auch an keinen Spekulationen darüber beteiligen – das bringt, wie wir alle sehen, nur Unruhe, die niemandem nützt.

Indem Sie dieser Strategie treu bleiben, wird gleichzeitig Vorschub geleistet für immer neue Vermutungen! Weshalb macht es Sachsen nicht einfach wie Brandenburg vor zwei Wochen und verkündet klar und deutlich, dass man am Unternehmen Rheinmetall interessiert ist?

Wir haben immer deutlich gemacht: Investoren sind in Sachsen willkommen. Dazu gehören auch Unternehmen wie Rheinmetall.

Für seine Beteiligung am Bau des Kampfflur F-35 will der Konzern nun ei-



Seit dem Frühjahr im neuen Amt, besuchte der Ansiedlungsbeauftragte des Freistaates Sachsen, Dirk Diedrichs, am Mittwochabend wieder Großenhain.

Foto: Norbert Millauer

ne Fabrik am Flughafen Weeze im Westen Nordrhein-Westfalens errichten. Seit der Verkündung des Standorts am Dienstag, um den sich immerhin bundesweit 70 Interessenten beworben hatten, wird in politischen Kreisen gemunkelt, Sachsen sei nun mit der Pulverfabrik aus dem Rennen. Zu Recht?

Das eine hat nach meinem Dafürhalten mit dem anderen nichts zu tun! Aber ich kann nur noch einmal betonen, dass uns eine dahingehende Entscheidung des Unternehmens nicht bekannt ist, weder eine positive noch eine negative.

Also hat es noch keine Vorortbegehung des Großenhainer Areals gegeben?

So ist es.

Aber Sie sprechen seit Ihrem Amtsantritt mit der Großenhainer Verwaltung?

Ja, das tue ich. Und zwar genau über das, was im Gegensatz zu allen Spekulationen auch wirklich faktisch besprochen werden kann und – vor allem – dringend muss. Wir haben uns über die weitere Vorgehensweise abgestimmt, die vor allem die weitere Beförderung der Altlastensanierung im Mittelpunkt hat. Dort liegt noch sehr viel Arbeit vor uns! Und zwar gemeinsam. Gut 40 Millionen Euro haben wir bereits in die

Entwicklung dieses in Sachsen von seiner Größe her einmaligen Wirtschaftsstandortes investiert.

Deshalb ist es auch gar keine Frage, dass wir dieses – erlauben Sie mir den untechnischen Ausdruck – „Filetstück“ ganz entschlossen in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Großenhain entwickeln und auf den Markt bringen wollen. Wir werden selbstverständlich alle Anstrengungen aufbringen, die es benötigt, einen Investor, der hochwertige Arbeitsplätze für Großenhain und die gesamte Region schaffen möchte, für das Areal zu finden.

Das bedeutet, es wurde noch keiner gefunden?

Nein. Ich kann Ihnen aber versichern, wenn es jemanden gibt, werden wir die Stadtverwaltung sofort – und zwar zuerst – darüber informieren. Denn die Entscheidung, wer sich in Großenhain ansiedeln wird, ist eine Entscheidung, welche die Menschen in und um Großenhain betrifft. Und entgegen allen politischen Unkenrufen und Fernsehberichten, wollen und werden wir das Industriegebiet auf dem ehemaligen Flugplatz Großenhain mit den Großenhainern gemeinsam entwickeln.

■ Das Gespräch führte Catharina Karlsruh

Gespräch zur möglichen Pulverfabrik nun online

Nachdem die CDU-Vorsitzende des Kreises ihrem Parteikollegen Sebastian Fischer eine Veranstaltung in der Geschäftsstelle Großenhain untersagt hat, schwenkt er um.

VON CATHARINA KARLSHAUS

Es ist ein Dilemma in mehreren Akten. Eigentlich hatte CDU-Landtagsabgeordneter Sebastian Fischer in die Großenhainer Mückenschänke eingeladen. Am kommenden Montag sollte im beliebten Restaurant inmitten des Stadtparks ab 18 Uhr besprochen werden, was vielen Großenhainern seit Ende März auf der Seele brennt.

Der Politiker, welcher sich selbst auf mehreren Fernsehkanälen eindeutig zum vermeintlichen Bau einer Pulverfabrik auf dem ehemaligen Militärflugplatz durch das Rüstungsunternehmen Rheinmetall positioniert hatte, wollte nach eigenem Bekunden mit den Menschen ins Gespräch kommen. „Es ist wichtig, transparent mit dem Thema umzugehen, die Sorgen der Leute ernst zu nehmen und mit Vorurteilen, die diverse politische Gruppen schüren, aufzuräumen“, erklärte Sebastian Fischer.

Eine Stunde, nachdem der Veranstaltungsort am Mittwoch auf [Sächsische.de](http://Sachsische.de) veröffentlicht wurde, meldete sich allerdings der Chef der Schützenhaus Event Group, Thomas Krause zu Wort. Für eine öffentliche Veranstaltung dieser Art sei der Termin in seinem Restaurant nicht gebucht worden. Das Haus, so Thomas Krause, stehe dafür nicht zur Verfügung.

Kurzerhand und nach mehreren Telefonaten präsentierte Sebastian Fischer als neue Stätte der Zusammenkunft die Großenhainer CDU-Geschäftsstelle auf der Salzgasse. Eine, deren Räumlichkeiten jedoch tatsächlich nicht auf zahlreiche Inte-

ressenten ausgelegt ist. Ergebnis: „Mir wurde mit der Begründung, dass es Sicherheitsbedenken in den Räumen von Großenhain gebe, soeben die Durchführung der Veranstaltung, durch die Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Meißen, untersagt“, erklärte Sebastian Fischer in einem Telefonat mit [Sächsische.de](http://Sachsische.de) am Donnerstagmittag. Er fände keinen geeigneten Ort und gehe überdies davon aus, dass eine vorbehaltlose Diskussion zum Thema Pulverfabrik in Großenhain nicht möglich beziehungsweise erwünscht sei.

Zwei Stunden später meldet sich der Abgeordnete erneut bei [Sächsische.de](http://Sachsische.de). Aufgeben sei nun mal nicht sein Ding und die rege Debatte im Internet dazu zeige zudem, wie viele Menschen an einer Gelegenheit des Austausches interessiert wären. Deshalb fände das Gespräch mit den Bürgern nun am Montagabend zwischen 18 und 20 Uhr online statt.

■ Wer sich am Gespräch um die Pulverfabrik beteiligen möchte, kann das über den Link tun:
<http://www.sz-link.de/Pulverfabrik>



CDU-Landtagsabgeordneter Sebastian Fischer wollte in die Offensive gehen und zum Gespräch über eine mögliche Pulverfabrik in Großenhain einladen. Nun wurde sie wieder abge-sagt.

Foto: René Meinig

MITTWOCH
12. JULI 2023

LOKALES



CDU-Landtagsabgeordneter Sebastian Fischer (l.) hatte Montagabend zum Thema Großenhainer Pulverfabrik eingeladen. Dabei auch sein Abgeordnetenkollege, Ronald Pohle aus Leipzig.

Foto: Kristin Richter

Pulverfabrik: „Eine vertane Chance für Großenhain“

Pulverfabrik: „Eine vertane Chance für Großenhain“

Die Online-Diskussion des CDU-Landtagsabgeordneten Fischer bringt nur ein paar Menschen zusammen und wenig Neues. Aber unterschiedliche Standpunkte.

VON CATHARINA KARLSHAUS

Allen Anfang ist schwer. Und leicht hatte es Sebastian Fischer in den vergangenen Tagen ganz sicher nicht. Mit dem ihm eigenen Enthusiasmus war der CDU-Landtagsabgeordnete angetreten, den in der Röderstadt zuweilen vernehmbaren Wunsch zum Austausch über den Bau einer vermeintlichen Pulverfabrik – komme, was da wolle – zu erfüllen.

Und, es sollte Ende vergangener Woche so einiges kommen! Nach der ersten Absage durch den Inhaber der zunächst avisierten Mückenschänke, Thomas Krause, gehörte innerhalb von nur zwei Stunden auch der nächste auserkorene Veranstaltungsort der Vergangenheit an: Meißen CDU-Kreisvorsitzende Bianca Wunderwald untersagte kurzerhand aus Sicherheitsgründen die Durchführung der Gesprächsrunde in der CDU-Geschäftsstelle auf der Großenhainer Salzgasse. Sebastian Fischer wiederum gab allen hämischen Zwischenrufen zum Trotz nicht auf und entschloss sich aus der räumlichen Not heraus zu erproben, was wohl noch nicht so häufig auf kommunalem Parkett stattgefunden haben dürfte: Der Politiker lud am Montagabend zum Online-Meinungsaustausch ein.

Viele Fragen, wenig Antworten

Pünktlich 18 Uhr startete dann schließlich, was nach monatelangen Spekulationen um die mögliche Ansiedlung des Rüstungsunternehmens Rheinmetall auf dem ehemaligen Flugplatz, auf zahlreiche Interessenten stoßen sollte. Dass es eingedenk von CDU-Landtagskollegin Daniela Kuge, Riasas einstigem Kammerer Markus Mütsch und dem Leipziger CDU-Landtagsabgeordneten Ronald Pohle letztlich nur 14 mehr oder minder aktive Teilnehmer nebst bis zu 55 Personen, die sich per Chat mit schriftlich formulierten Fragen beteiligen konnten, waren, mag in der Natur der Sache gelegen haben. Denn auch wenn das Anliegen eines

Austausches durchaus lobenswert zu betrachten sein darf, fehlte letztlich doch die weiterführende inhaltliche Grundlage.

Sebastian Fischer mühte sich dabei redlich, dem Beauftragten für die Bundeswehr der CDU-Landtagsfraktion zu entlocken, was Großenhains Stadtverwaltung, gewählte Ratsmitglieder, Unternehmer und nicht zuletzt die Einwohner seit Ende März gern wissen würden. Ronald Pohle, der sich selbst als Wirtschaftspolitiker versteht, seit 2010 Mitglied der Enquete-Kommission „Strategien für eine zukunftsorientierte Technologie- und Innovationspolitik im Freistaat“ gewesen ist und am Montag wortreich für eine resiliente, sprich krisenresistente, sächsische Wirtschaft warb, musste jedoch bereits nach kurzer Zeit eingestehen: Auch er wisse ebenso wenig über den Bau einer Pulverfabrik wie die Röderstädter selbst. Weder sitze er in der Chefetage des Rüstungskonzerns Rheinmetall, noch habe er den direkten Draht in das Bundesverteidigungsministerium.

Interesse nicht vom Tisch wischen

Stattdessen machte Ronald Pohle keinen Hehl daraus, dass er gern etwas vom finanziellen Kuchen der traditionell in Westdeutschland beheimateten Verteidigungswirtschaft in den Freistaat holen würde. Abgesehen von der Automobilindustrie rund um Leipzig und den in Dresden beheimateten Unternehmen aus der Chipbranche wäre es bisher nur mäßig gelungen, sogenannte große Player in Sachsen anzusiedeln. Insofern sollte das Interesse eines Wirtschaftsriesen wie Rheinmetall nicht einfach vom Tisch gewischt werden, da dieser nicht zuletzt auch eine Reihe von finanzkräftigen Zulieferern mit sich bringen würde. „Wenn es jedoch in Großenhain so weit kommen sollte, muss die Angelegenheit selbstverständlich transparent und unter Beantwortung aller offenen Fragen mit der Bevölkerung besprochen werden“, gab Ronald Pohle zu bedenken.

Einwohner, von denen leider nur wenig zugeschaltet waren. Während sich Armin Benicke – stadtbekannter Großenhainer, passionierter Flieger, seit seiner Zeit bei der Armee überdies aktiver Sportschütze und abgesehen davon, nie um klare Worte verlegen, – schon mehrfach öffentlich positioniert hatte und auch dieses Mal vor den Gefahren einer Ansiedlung warnte, meldeten

sich lediglich zwei weitere Röderstädter zu Wort. Allerdings: „Sie haben in keiner Weise meine Bedenken und das Gefühl der Desinformation zerstreut“, konstatierte Bernd Müller. Unter einem Bürgerforum habe er sich etwas völlig anderes vorgestellt.

Wie der Rentner betonte, sei angesichts der Geschichte des ehemaligen Militärflugplatzes und dem Wissen um all die Gefahren, welche in der ehemaligen DDR mit der Nutzung etwa als Kernwaffenlager verbunden waren, in Großenhain kein Platz für eine Pulverfabrik. Markus Mütsch – inzwischen mit dem Mandat der CDU für die Fraktion „Gemeinsam für Riesa“ im Stadtrat sitzend – konterte hingegen, er wünsche sich ein solches Unternehmen wie Rheinmetall, denn es würde einen Segen für die Region bedeuten. „Ich erwarte, dass hier die Staatsregierung und die CDU in die Offensive gehen! Es wäre eine vertane Chance für Großenhain und den Landkreis Meißen! Vor allem würden die nächsten Milliarden wieder in eine Produktionsstätte in den Westen fließen“, sagte Markus Mütsch.

Informationen fehlen

Unterschiedliche Standpunkte, die laut Meinung eines anderen Großenhainers auch endlich öffentlich diskutiert werden sollten. Eine Demokratie müsse das Für und Wider aushalten, aber auch einen geeigneten Rahmen für derlei Diskussionen schaffen. Daran mangle es bis jetzt und auch an einem Konzept für eine gute Informationspolitik. „Wenn eine solche Fabrik notwendig ist, sollte man offen darüber debattieren, an welchem Standort sie keinen Schaden anrichten würde“, regte Armin Benicke an. Sein Vorschlag, ein ehemaliger Tagebau in der Lausitz. Die Menschen im Entscheidungsprozess mitzunehmen, favorisierte auch Ronald Pohle und schlug – sollte es überhaupt dazu kommen – Informationsveranstaltungen durch Rheinmetall in Großenhain selbst vor.

Nicht wissend, ob dieser Fall jemals eintreten wird, animierte Armin Benicke zunächst zu weiteren Gesprächsrunden. „Ich würde Sie gern auf dem Großenhainer Hauptmarkt sehen“, ermunterte der 65-Jährige Sebastian Fischer. Etwas, das sich der Landtagsabgeordnete sicherlich nicht zweimal sagen lassen wird.